

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Guinea-Bissau - 1992**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (1993) : Guinea-Bissau - 1992, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1992: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 108-111

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301824>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Guinea-Bissau - 1992

**Fläche:** 36 125 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 981 000 (1990), **Hauptstadt:** Bissau, **Amtssprache:** Portugiesisch, **Schulbesuchsquote:** 37 %, **Wechselkurs:** \$ 1 = Peso (PG) 5 000, **Pro-Kopf-Einkommen:** \$ 180 (1990), **BSP:** \$ (173 Mio.) (?), **Anteil am BIP:** 46% - 16 % - 38 %, **Hauptexportprodukte:** Cashewnüsse 83%, Fisch 15%, **Staats- und Regierungschef:** João Bernardo Vieira, **Ministerpräsident:** Carlos Correia, **Regierungspartei:** Partido Africano da Independência de Guiné e Cabo Verde (PAIGC) und 10 **Oppositionsparteien.**

Auf dem friedlichen Wege zur Demokratisierung wurden signifikante Fortschritte erzielt. Die Opposition verbesserte ihre Struktur sowie ihren Rückhalt in der Bevölkerung und rang der Regierung beträchtliche Zugeständnisse ab. Der Senegalkonflikt dominierte weiterhin die außenpolitische Diskussion. Ein Ende der Talfahrt der Wirtschaft ist noch nicht abzusehen. Die Lage im Gesundheitssektor ist alarmierend.

### *Innenpolitik*

Anlässlich der Regierungsumbildung im Dez. des Vorjahres wurde mit Carlos Correia, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister, ein Pragmatiker und Manager als Ministerpräsident in die Regierungsverantwortung eingebunden. Der vorherige Stelleninhaber Victor Saude Maria war 1984 wegen Verdacht des Putschversuches entlassen worden. Staats- und Regierungschef Vieira versprach sich von der Neubesetzung dieses seit acht Jahren vakant gebliebenen Kabinettpostens u.a. ein besseres Image bei der Bevölkerung angesichts der bevorstehenden Wahlen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und der Regierung um die beste Startposition bei den Wahlen nahm an Intensität zu. Die Regierungspartei (PAIGC) unternahm alles in ihrer Macht stehende um die Wahlgesetzgebung und -vorbereitung zu ihren Gunsten zu beeinflussen, z.B. durch die Vorziehung der Präsidentschaftswahlen (wegen des erwarteten Regierungsbonus) - eine Festlegung, gegen die sich die Opposition, die befürwortete die Wahlen zur Legislative zuerst abzuhalten, vehement wehrte. Im ersten Halbjahr gelang es der Opposition - trotz andauernder Behinderungen durch die Regierung - sich zu konsolidieren und bei der Bevölkerung beträchtlich an Boden zu gewinnen. Am 22.01. schlossen sich vier Oppositionsparteien (Partido da Convergência Democrática (PCD), Frente Democrática Social (FDS), Partido Unido Social Democrático (PUSD) und Resistência da Guiné-Bissau/Movimento Bafatá (RGB/MB)) zu einer Koalition des "Demokratischen Forum" (Forum Democrático) zusammen. Sie forderten die Regierung auf, die Politische Polizei und politische Verfolgung abzuschaffen, die Menschenrechte sowie Presse- und Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und eine aus allen Parteien zusammengesetzte Übergangskommission einzusetzen. Am 07.03 hielt die Opposition die erste öffentlich genehmigte Groß-Demonstration (ca. 30.000 Teilnehmer) in den Straßen von Bissau ab.

Einen Tag später verkündete die Regierung den (später revidierten) Zeitplan für die Präsidentschaftswahlen (am 15.11.) und Wahlen für die Nationalversammlung (am 13.12.).

Die Opposition kritisierte vehement anhaltende Menschenrechtsverletzung des Vieira-Regimes. Pauschale Vorwürfe des Koordinators des "Demokratischen Forums", die PAIGC würde weiterhin politische Verfolgung und Folter dulden, waren zwar nicht zuletzt wahltaktisch begründet; aber auch Amnesty International meldete am 04.03., daß neun Aktivisten der Opposition (CD und RGB/MB) am 25. und 26.02. wegen Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration (am 29.02.) festgenommen und mißhandelt worden seien. Am 12.06. prangerte die nationale Menschenrechts-Liga (Liga Guinéense dos Direitos do Homem (LGDH)) die katastrophalen Bedingungen in den guineischen Gefängnissen an und forderte die Regierung auf, endlich den Bericht der LGHD vom April über die harsche Behandlung von Inhaftierten im Lande (unzureichende Nahrung, Schläge, psychische Folter, etc.) zu veröffentlichen. Das Gefängnis von Bafatá wurde laut LGHD wegen der hohen Zahl von Todesfällen durch Schlangenbisse geschlossen. Die Gefangenen brachte man vorübergehend in der zentralen Polizeistation der Provinzhauptstadt unter. Anfang Oktober gab Staatschef Vieira anlässlich der Ankündigung der Regierungsumbildung (s.u.) bekannt, daß die letzten politischen Gefangenen freigelassen worden seien und keine Behinderung der Arbeit der offiziell anerkannten Oppositionsparteien mehr bestehe, - eine Verlautbarung, die die Opposition energisch bestritt.

Tatsächlich verbesserten sich aber die Arbeitsbedingungen der Oppositionsparteien zusehends. Öffentliche Demonstrationen der zugelassenen Parteien wurden jetzt legalisiert. Am 30.05. hielt Domingo Fernandes, Vorsitzender der RGB/MB vor 50.000 Menschen in Bissau eine Ansprache, auf der er eine Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses sowie die Einberufung einer "National-Konferenz" (nach Beniner Vorbild, wenn auch nicht notwendigerweise als Volkssouverän) forderte. Ende März erhielten die Oppositionsparteien Zugang zu den öffentlichen Medien, Rundfunk und Fernsehen, für parteipolitische Berichterstattung (wöchentlich 5 Min. im Fernsehen und 10 Min. im Rundfunk). Neben der staatlichen Zeitung *Nô Pintcha* ("Vorwärts") und der Oppositionszeitung *Baguerra* ("Die Biene") wurde am 09.07. eine dritte unabhängige Wochenzeitung gegründet, *Expresso-Bissau*, und zwar von dem in Portugal lebenden Herausgeber Joao Barros, der dort bereits das Magazin *Africa Livre* publiziert. Die noch in der Versuchsphase befindliche Fernsehstation nahm nach einem Sabotageversuch und einem fünf monatigen Streik der Mitarbeiter im Juli ihre Arbeit wieder auf. Portugal, das die Entwicklung eines experimentellen Fernsehprogramms in Guinea-Bissau seit 1989 mitfinanziert, kündigte am 10.07. an, daß es im Rahmen des Programms der Technischen Zusammenarbeit den Aufbau eines Netzwerkes von 100 Gemeinschafts-Empfangsanlagen in allen Landesteilen unterstützt.

Im Lauf des Jahres legalisierte der Oberste Gerichtshof in Bissau weitere Oppositionsparteien: Die "Gruppe der 121", eine Gruppe von Dissidenten innerhalb der PAIGC, konstituierte sich Anfang Mai zu einer reformistischen politischen Partei, der *Partido da Renovação e Desenvolvimento* (PRD) (anerkannt im Okt.), die João da Costa, ehemaliger Gesundheitsminister, anführt. Im August wurden zwei weitere neue Parteien anerkannt, die *Partido Democrático do Progresso* (PDP), geleitet von Amine Michel Saad, und das *Movimento para a Unidade e a Democracia* (MUDE), die vom ehemaligen Erziehungsminister in der Regierung Luiz Cabral, Filinto Vaz Martins, gegründet wurde. Im Oktober folgte die *Partido da Renovação Social* (PRS), angeführt von Kumba Yala (Kumba Ialá) und ebenfalls unterstützt von PAIGC-Dissidenten. Damit waren seit dem Erlaß des Zulassungsgesetzes für politische Parteien vom Mai 91 neben der Regierungspartei zehn Oppositionsparteien offiziell anerkannt: Außer den bereits genannten, die "Demokratische Front" (FD) unter Aristides Menezes und Marcelino Baptista, die "Sozialdemokratische Front" (FDS), geleitet von Rafael Barbosa, einem der Gründer der

PAIGC, die "Bewegung für Einigkeit und Demokratie" (PCD) unter Victor Mendinga, die "Vereinigte Sozialdemokratische Partei" (PUSD), angeführt von Victor Saude Maria, dem ehemaligen Premierminister und FDS-Führer, und schließlich die Frente de Liberação para a Independência da Guiné, (FLING). Der Führer dieser ältesten politischen Gruppierung im Lande, Francois Mendy Kankoila, kehrte nach Jahrzehnten des Exil am 27.05. nach Bissau zurück. Kankoila gilt als einer der historischen Köpfe der guineischen Unabhängigkeitsbewegung und ist Vorsitzender dieser 1962 gegründeten konservativ-liberalen Konkurrenzorganisation zur später von Amilcar Cabral geleiteten sozialistischen PAIGC, der sie - der Kollaboration mit den Kolonialisten verdächtigt - im Befreiungskampf den Vorrang abtreten mußte.

Am 18.08. nahm die neu gegründete Mehrparteien-Übergangs-Kommission (Comissão Multipartidária de Transição, CMT) ihre Arbeit auf. Sie hat die Aufgabe, den demokratischen Übergang, insbesondere die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu planen und zu überwachen. Lange vorher schon von der Opposition gefordert, ist die Einrichtung dieses Dialogforums zwischen Regierung und Opposition, der sämtliche bis dahin legalisierten Parteien angehören (außer der PDP, die wegen des befürchteten dominierenden Einfluß der PAIGC eine Beteiligung ablehnte) eine Kompromißlösung. Teile der Opposition hatten die weitergehende Formel der "Nationalkonferenz" (s.o.) gefordert oder sogar mit Wahlboykott und der Bildung einer Parallelregierung gedroht.

Der im Mai von Präsident Vieira angekündigte und am 25.05. im Parlament eingebrachte neue Verfassungsentwurf, mit dem Regierung und PAIGC den demokratischen Übergang absichern wollten, wurde von der Opposition heftig kritisiert und als Basis der Zementierung der Regierungsposition der PAIGC zurückgewiesen. Am 26.10. gab Staatspräsident Vieira eine Regierungsumbildung bekannt, die die Zahl der Ministersessel von 22 auf 16 reduzierte. Die in den vier Landesteilen residierenden Provinzminister wurden abgeschafft und durch ein Ministerium der Territorialverwaltung ersetzt. Der Hauptgrund für diese Regierungsumbildung ist wohl in der von der internationalen Gebergemeinschaft geforderten Kosten- und Personaleinsparung im Rahmen des Strukturanpassungsprogrammes zu suchen. Allerdings klangen in der Begründung auch nationalistische Töne an, z.B. indem Vieira betonte, daß nur kompetente, dynamische und verantwortliche Guineer (in Abgrenzung zu den "Kapverdianern") in die neue Regierung aufgenommen seien.

Nach der Rückkehr von einem Besuch in Conakry verkündete der Staatspräsident am 04.11. einen Aufschub der für Ende des Jahres geplanten Wahlen auf den März des nächsten Jahres. Als Begründung führte er Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Opposition an. Während die PAIGC mittlerweile als Kompromißlösung eine gleichzeitige Wahl von Präsident und Legislative vorschlug, u.a. um - wie sie sagte - Kosten zu sparen, fordert die Opposition weiterhin vorgezogene Wahlen zur Legislative, weil sie bei gleichzeitigen Wahlen - angesichts einer Analphabetenrate von angeblich 80% - eine ordnungsgemäße Durchführung und Trennung der Wahlen als nicht gewährleistet ansieht. Auch über den Modus der Präsidentschaftswahl bestand noch Uneinigkeit. Die Opposition verlangt, daß der Präsident mit absoluter Mehrheit gewählt wird, während die an der Macht befindliche PAIGC einen mit einfacher Mehrheit gewählten Präsidenten befürwortet. Wann genau die Wahlen im kommenden Jahr abgehalten werden, und wer daraus als Sieger hervorgehen wird, war zum Jahresende noch völlig ungewiß. Dieses umso mehr, als die Unzufriedenheit in der Armee, deren Angehörige sich um die Früchte des nationalen Befreiungskampfes betrogen sehen, wächst. Verteidigungsminister Samba Lamine Manš, verkündete auf einer Pressekonferenz am 03.09., daß Soldaten wegen der unhaltbaren Lebensumstände in den Kasernen in großer Zahl desertierten; 80 Armee- und Marine-Offiziere drohten in einem Brief an den Minister mit Streik, wenn Unterkunft und Verpflegung für ihre

Untergebenen nicht verbessert würden. Hierfür besteht aber angesichts dessen, daß immer noch ca. 35% des Budgets für Verteidigung ausgegeben werden, kaum noch Spielraum.

## *Außenpolitik*

Das außenpolitisch dominierende Thema war auch in diesem Jahr wieder der Senegalkonflikt. Angehörige der separatistischen Bewegung Mouvement des Forces Démocratiques de Casamance (MFDC) operierten gemäß den Beschuldigungen der Regierung in Dakar nach wie vor auch von guineischem Boden aus. Die Auseinandersetzungen in der Grenzregion kulminierten Anfang Dez. in einem - von senegalesischer Seite als "Versehen" deklarierten - Vergeltungsangriff der senegalesischen Infanterie und Luftwaffe gegen mehrere guineische Dörfer in der Grenzregion, wobei zwei Dorfbewohner getötet und mehrere verletzt wurden. Staatspräsident Vieira protestierte gegen diesen Vorfall, ließ aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß seiner Meinung nach die MFDC das bestehende Friedensabkommen mit der senegalesischen Regierung vom Mai 91 gebrochen hat. Guinea-Bissau hat sich weiterhin zur Vermittlung in dieser Frage bereit erklärt. Zum Jahresende flohen immer mehr Bewohner aus der Casamance-Region wegen der dortigen Kämpfe nach Guinea-Bissau; die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird auf über 11.000 geschätzt, davon allein 8 000 im Monat Dezember. Am 19.12. trafen in Lissabon Vertreter beider Regierungen zusammen, um nach der höchstrichterlichen Entscheidung der Gerichtshöfe in Genf und Den Haag (1985 und 1989) zugunsten Senegals den Verlauf der maritimen Grenzen zwischen beiden Staaten neu auszuhandeln. Die Verhandlungen machten nach Angaben der guineischen Seite gute Fortschritte; man rechnet beim nächsten Treffen im Jan. 93 mit definitiven Ergebnissen.

Auf dem 10. Gipfeltreffen der 5 lusophonen afrikanischen Staaten (Angola, Guine-Bissau, Mozambique, Sao Tom, und Principe), das am 10.03. zu Ende ging, war vorrangig den Möglichkeiten verstärkter regionaler Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten gewidmet. Die bisher auf diesem Gebiet erreichten Ergebnisse sind bescheiden, woran auch der Appell der 5 anwesenden Staatschefs, zukünftig konkretere und weiterreichende Zusammenarbeit zu verwirklichen, nicht viel ändern wird. Im August wurde mit Roger McGuire, ein hochkarätiger Diplomat mit profunder Afrika-Erfahrung (u.a in Namibia und Zambia; von 1986-88 stellv. Direktor der Westafrika-Abteilung im US-State Department) zum neuen US-Botschafter in Bissau ernannt. Diese Ernennung weist auf die Bedeutung hin, die die US-Administration diesem Lande als traditionellem (informellem) Meinungsführer innerhalb des lusophonen Afrikas und als Beispiel eines friedlichen demokratischen Übergangs zumißt. Letzteres bestätigte sich außerdem durch den zweitägigen Besuch des Afrika-Beauftragten und stellvertretenden Staatssekretär im Auswärtigen Amt der US-Regierung, Herman Cohen, vom 16. - 18.12. in Bissau.

## *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Die meisten makroökonomischen Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung weisen auf eine Verschlechterung hin, wie eine vielbeachtete, ungewöhnlich Evaluation im Auftrage der schwedischen Technischen Zusammenarbeit (SIDA) feststellte. Die Geldmenge nahm nach den letzten verfügbaren Daten (1990) um 60% - 72% zu und überschritt damit das vom Strukturanpassungsprogramm gesetzte Ziel von 15% um ein Vierfaches. Die Verschuldung des Landes beträgt derzeit mit \$ 556 Mio das Dreifache des Bruttosozialproduktes; die Verschuldungsrate (d.h. das Verhältnis der Exporteinnahmen zum Schuldendienst) wird derzeit auf 50% und die Inflationsrate auf 71% geschätzt. Das Strukturan-

passungsprogramm kommt nur schleppend voran, was - neben allgemeiner staatlicher Mißwirtschaft - ein Grund war, warum der IWF und andere Geber ihre Zahlungen teilweise seit Okt. 91 ausgesetzt hatten. Am 14.07. begannen erneute Verhandlungen zwischen der Weltbank und der Regierung, um die Auszahlung der 3. Tranche des 2. Strukturanpassungsprogramms; die Weltbank stellte dafür die Vorbedingung der Eintreibung der Außenstände der Zentralbank bei staatlichen Betrieben (z.B. DICOL, dem staatlichen Erdölkonzern) und Ministerien in Höhe von 150 Mrd Pesos. Der Export von Cashewnüssen konnte zwar von 6.000 tons 1986 auf 16.000 tons 1991 gesteigert werden, das ging jedoch auf Kosten der heimischen Reisproduktion. Billige Reisimporte, die die Händler u.a. im Rahmen eines Naturaltausches als Zahlungsmittel zum Aufkaufen der Cashewproduktion benutzten, drückten die Erlöse der Reisproduktion so stark, daß die heimische Produktion stagnierte und die Reisimporte sich innerhalb der letzten fünf Jahre trotz einer 15%igen Importsteuer nahezu verdoppelten (von 32.000 tons 1986 auf 59.000 1991). Effektiv bewirkte das eine Einkommensumverteilung von den Reisproduzenten zu den Händlern und Cashew-Produzenten. Transportschwierigkeiten bezüglich der Reisüberschüsse in den südlichen Reisanbaugebieten des Landes verschlechterten die Angebotssituation heimischen Reises weiter.

Die Privatisierung der Staatsbetriebe kam langsam voran: Das erste privatisierte Staatsunternehmen war das Hotel "24 do Setembro" in Bissau, das die portugiesische Fluglinie TAP zu 62% erwarb; 38% gingen an Private in- und ausländische Käufer. Die "Volksläden", einst das Vorzeigemodell des guineischen Sozialismus, wurden im Laufe des Jahres an 3 portugiesische Unternehmen für rund \$ 4 Mio verkauft, diese Firmen halten 55% des Eigenkapitals, während der Staat die restlichen 45% sowie die Gesamtverschuldung der Volksläden übernahm; 19% der staatlichen Anteile sollen sukzessiv an private guineische Investoren verkauft werden. Das Land hängt weiterhin am Tropf der Entwicklungshilfe; die internationale Gebergemeinschaft finanziert 75% des Staatshaushaltes. Die Entwicklungshilfe ist jedoch in den letzten beiden Jahren von \$ 60,7 Mio auf \$ 40 Mio gefallen, vor allem wegen Nichterfüllung der ökonomischen Auflagen, auf deren Einhaltung die Geber zunehmend pochen. Ende November weihte Präsident Vieira die mit portugiesischer Hilfe aufgebaute Satelliten-Station für Telekommunikation in Bissau ein. Nunmehr ist das Land nicht mehr auf die unzuverlässige terrestrische Verbindung via Gambia, Senegal und Überseekabel angewiesen. Im Mai streikten die Sekundarschullehrer wegen zu schlechter Bezahlung und im August die privaten Transporteure wegen der Erhöhung der Treibstoffpreise bei gleichzeitiger staatlicher Begrenzung der Beförderungstarife.

Die Gesundheitssituation im Lande ist erschütternd: die Säuglingssterblichkeitsrate ist eine der höchsten der Welt; drei von fünf Kindern sterben vor der Erreichung des 5. Lebensjahrs; 10% der knapp 1 Mio Bewohner des Landes gelten nach Schätzungen des Gesundheitsministeriums vom Jahresende als mit Aids infiziert; die Lebenserwartung beträgt 45 Jahre. Auf einen Arzt kommen 7.300 Einwohner.

*Dirk Kohnert*

## **Chronologie Guinea-Bissau 1992**

- 22.01. 4 Oppositionsparteien bilden Koalition des "Demokratischen Forums"
- 25.02. 9 Aktivisten der Opposition verhaftet und mißhandelt
- 08.03. Regierung verkündet Zeitplan für Wahlen
- 07.03. erste staatlich genehmigte Großdemonstration der Opposition in Bissau
- 08.07. Opposition droht, die Wahlen zu boykottieren und eine Parallelregierung zu bilden
- Juli Weltbank nimmt Verhandlungen wieder auf; IWF-Mission in Bissau

- 09.07. erste unabhängige Tageszeitung (Expresso-Bissau) gegründet  
27.07. Führer der ältesten Oppositionspartei FLING, kehrt nach Jahrzehnten des Exils zurück  
15.08. Streik des Transportsektors wegen Benzinpreiserhöhung  
18.08. Mehrparteien-Übergangs-Kommission (CMT) gegründet  
Sept. Grundnahrungsmittelpreise werden bis Jahresende eingefroren
- 26.10. Regierungsumbildung: Anzahl der Minister von 22 auf 15 reduziert  
04.11. Staatschef kündigt Aufschub der Wahlen auf März 1993 an  
16.11. Afrika-Beauftragter des US-Außenministeriums, Herman Cohen, in Bissau